

Name	Wert
> ID1	17
GEMEINDE	Geislingen
GEMARKUNG	Geislingen
GEMARKUNG_NR	7960
FLUR	
FLUR_NR	0
PLANUNGSTRAEGER	
PLANNAME	Hung II - 4. Änderung
AENDERUNG	4
AENDERUNG_BEM	
PLANART	2000 Qualifizierter Bplan
GENEHMIGUNGSDATUM	14.01.1999 00:00:00
INKRAFTTRETENSDATUM	29.01.1999 00:00:00
RECHTSSTAND	4000 Rechtskraft
FASSUNG_BAUNVO	90 - BauNVO, in Kraft getreten am 27.01.1990
DOKUMENT_SATZUNG	Y:\Warehouses\BPlan\Anlagen\7960 19990114 Hung II Satzung 4.pdf
DOKUMENT_ORIGINALPLAN	Y:\Warehouses\BPlan\Anlagen\7960 19990114 Hung II Plan 4.pdf
DOKUMENT_TEXTL_FESTSETZUNG	Y:\Warehouses\BPlan\Anlagen\Kein Dokument vorhanden.pdf
DOKUMENT_BAUVOERSCHRIFT	Y:\Warehouses\BPlan\Anlagen\Kein Dokument vorhanden.pdf
DOKUMENT_LEGENDE	Y:\Warehouses\BPlan\Anlagen\7960 19990114 Hung II Legende 4.pdf
NAME	Y:\Warehouses\BPlan\BPlan Raster\7960 19990114 Hung II Geoplan 4.tif

Genehmigt

Balingen.

den

14. JAN. 1999

Stadt Geislingen
Zollernalbkreis



Landratsamt
Zollernalbkreis

Satzung

zur 4. Änderung des Bebauungsplanes „Hung II“, Markung Geislingen


Wolf

Aufgrund der §§ 1, 2 und 8 bis 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141), des § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 08. August 1995 (GVBl. S. 617) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 03. Oktober 1983 (GBl. S. 577) hat der Gemeinderat am 21. Oktober 1998 die 4. Änderung des Bebauungsplanes „Hung II“, Markung Geislingen, als Satzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

Dieser ergibt sich aus dem Lageplan M 1 : 500 vom 03.06.1998, gefertigt vom Büro Karl Uttenweiler, Balingen, der schwarz umrandet ist.

§ 2

Aufhebungen

Sämtliche nach § 1 bisher geltenden Festsetzungen werden aufgehoben und in § 3 neu geregelt.

§ 3

Neuregelungen

Im Geltungsbereich nach § 1 werden die bauplanungsrechtlichen Vorschriften entsprechend dem Lageplan M 1 : 500, gefertigt vom Büro Karl Uttenweiler, Balingen, neu festgesetzt.

§ 4

Textteil zum Bebauungsplan

Die planungsrechtlichen Festsetzungen, sowie die örtlichen Bauvorschriften (§ 74 LBO) zur 2. Änderung des Bebauungsplanes „Hung II“, bestandskräftig seit dem 09.01.1998, gelten in vollem Umfang weiter.

§ 5

Der Änderung ist eine Begründung als Anlage beigelegt.

§ 6

Die Satzung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO wird unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Satzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Geislingen, den 22. Oktober 1998



Pauli
Günther-Martin Pauli,
Bürgermeister

Beglaubigung:

Es wird hiermit beglaubigt, daß die Änderung vom Landratsamt Zollernalbkreis genehmigt worden ist. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte im Amtsblatt Nr. 4 vom 29. Jan. 1999

Somit ist die Änderung ab dem 29. Jan. 1999 bestandskräftig.

72351 Geislingen, den 17. Feb. 1999
Bürgermeisteramt



Mehner

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS § 2 Abs. 1 BauGB

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 22.07.1998. vom Gemeinderat beschlossen und am 31.07.1998 öffentlich bekanntgemacht.

BÜRGERBETEILIGUNG § 3 Abs. 1 BauGB

Die Bürgerbeteiligung erfolgte in der Zeit vom 10.08.1998 bis 11.09.1998 durch Offenlegung und Erörterung beim Bürgermeisteramt.

BILLIGUNGSBESCHLUSS § 3 Abs. 2 BauGB

Der Gemeinderat hat am 22.07.1998 den Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 03.06.1998. gebilligt und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG § 3 Abs. 2 BauGB

Die Öffentliche Auslegung wurde am 31.07.1998 öffentlich bekanntgemacht. Der Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 03.06.1998 hat mit seiner Begründung in der Zeit vom 10.08.1998 bis 11.09.1998 öffentlich ausgelegt.

SATZUNGSBESCHLUSS § 10 BauGB, § 4 GO

Der Bebauungsplan i. d.F. vom 03.06.1998 wurde mit seiner Begründung vom 03.06.1998 durch den Gemeinderat am **21. Okt. 1998** als Satzung beschlossen.

Geislingen, den **22. Okt. 1998**



Tamm
.....
(Pauli)
Bürgermeister

ANZEIGE/GENEHMIGUNGSVERFAHREN § 11 BauGB

Das Anzeige/Genehmigungsverfahren wurde vom Landratsamt Zollernalbkreis mit Erlaß vom Nr. abgeschlossen.

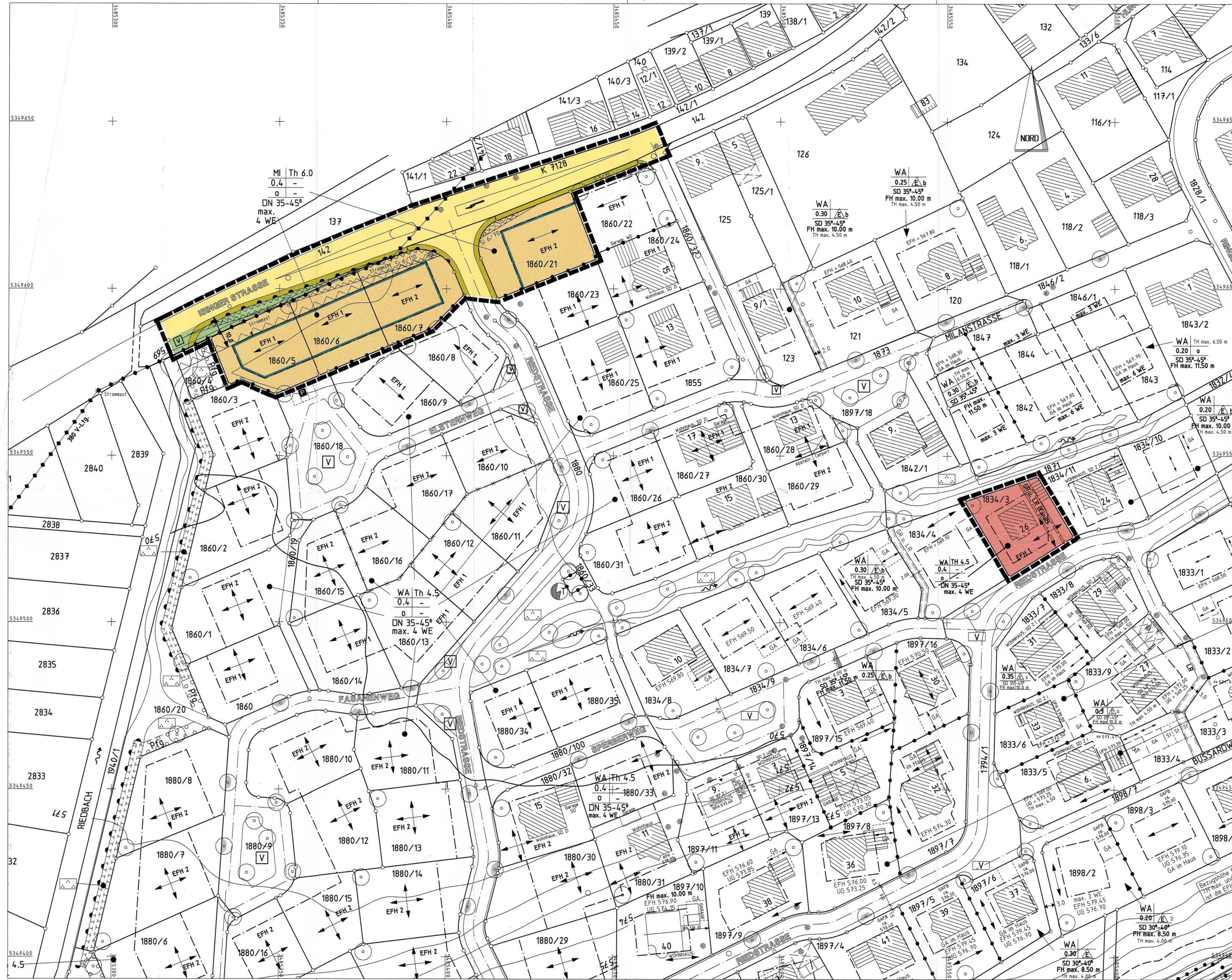
AUSFERTIGUNG

Es wird bestätigt, daß diese Satzung mit ihren Bestandteilen als Bebauungsplan vom Gemeinderat beschlossen wurde u. daß das für die Aufstellung von Bebauungsplänen vorgeschriebene Verfahren beachtet wurde.

Geislingen, den **22. Okt. 1998**



Tamm
.....
(Pauli)
Bürgermeister



PLANZEICHENERKLÄRUNG

I. Planungsrechtliche Festsetzungen

- 1., Art der baulichen Nutzung**
 - 1.1 Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO
 - 1.2 Mischgebiet § 6 BauNVO
- 2., Maß der baulichen Nutzung**
 - 2.1 Grundflächenzahl § 19 BauNVO
 - 2.2 Zahl der Vollgeschosse, Höchstgrenze § 16 BauNVO
 - 2.3 Höhe der baulichen Anlagen § 18 BauNVO
 - 2.3.1 Erdgeschosshöhe EFH § 18 BauNVO
 - 2.3.2 Gebäudehöhe - Traufhöhe
- 3., Bauweise**
 - 3.1 Offene Bauweise § 22 BauNVO
 - 3.2 Baugrenze § 23 BauNVO
 - 3.3 Stellung der baulichen Anlagen: Gebäude bzw. Firstrichtung § 9 Abs.1 Nr.2 BauGB
- 4., Verkehrsflächen** § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB
 - 4.1 Straßenverkehrsfläche
 - 4.2 Gehweg
 - 4.3 Öffentliche Parkfläche
 - 4.4 Grünfläche als Bestandteil von Verkehrsanlagen
 - 4.5 Ein- und Ausfahrtsverbot
- 5., Flächen für Versorgungsanlagen** § 9 Abs.1 Nr.12, 13, u. 21 BauGB
 - 5.1 Trafostation
 - 5.2 380-V Leitung der EVS
- 6., Grünordnung** § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB
 - 6.1 Öffentliche Grünflächen
- 7., Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege u. Entwicklung von Natur und Landschaft** § 9 Abs.1 Nr.20 u. 25 BauGB
 - 7.1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
 - 7.2 Pflanzgebotflächen
 - 7.3 Pflanzgebot für Einzelbäume

8., Wasserflächen § 9 Abs.1 Nr.16 BauGB

Mulden zur Ableitung von Oberflächenwasser

II. Örtliche Bauvorschriften § 74 LBO

- Dachgestaltung**
- 1., Dachform
 - 2., Zulässige Dachneigung

III., Sonstige Planzeichen

- 1., Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes § 9 Abs. 7 BauGB
- 2., Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen § 1 Abs. 4, § 16 Abs.5 BauNVO
- 3., Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen § 9 Abs.4 BauGB i.V.m. § 74 Abs.1 LBO, § 16 Abs.5 BauNVO
- 4., Füllschema der Nutzungsschablone

Art der baul. Nutzung	max. Traufhöhe
Grundflächenzahl	
Bauweise	
- 5., Geh- und Leitungsrecht § 9 Abs.Nr.21 BauGB
- 6., Sichtfelder § 9 Abs.Nr.10 BauGB
- 7., Anbauverbotsstreifen § 9 Abs.Nr.10 BauGB

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Die textlichen Festsetzungen, planungsrechtliche Festsetzungen und Örtliche Bauvorschriften, des Bebauungsplanes "HUNG II", 3.-Änderung, rechtsverbindlich am 27.03.1998 gelten in vollem Umfang für den Geltungsbereich dieser 4.- Änderung weiter.

Anmerkung: Grundlagen dieses Bebauungsplanes sind:
 - das Baugesetzbuch (BauGB) von 8.12.1986, zuletzt geändert durch das Investitionsförderungs- und Wohnbaugesetz vom 22.06.1995,
 - das Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch in der Fassung vom 28.08.1993,
 - das Baunutzungsverordnung (BauNVO) v. 23.01.1990,
 - die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 08.08.1993,
 - das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.F.F. vom 12.03.1997, zuletzt geändert durch das Investitionsförderungs- und Wohnbaugesetz vom 22.06.1995.

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS § 2 Abs. 1 BauGB
 Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 22.07.1998, vom Gemeinderat beschlossen und am 31.07.1998 öffentlich bekanntgemacht.

BÜRGERBETEILIGUNG § 3 Abs. 1 BauGB
 Die Bürgerbeteiligung erfolgte in der Zeit vom 10.08.1998 bis 11.09.1998 durch Offenlegung und Erörterung beim Bürgermeisteramt.

BILLIGUNGSBESCHLUSS § 3 Abs. 2 BauGB
 Der Gemeinderat hat am 22.07.1998 den Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 03.06.1998, gebilligt und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG § 3 Abs. 2 BauGB
 Die öffentliche Auslegung wurde am 31.07.1998 öffentlich bekanntgemacht. Der Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 03.06.1998 hat mit seiner Begründung in der Zeit vom 10.08.1998 bis 11.09.1998 öffentlich ausliegen.

SATZUNGSBESCHLUSS § 10 BauGB § 4 GO
 Der Bebauungsplan i. d.F. vom 03.06.1998 wurde mit seiner Begründung vom 03.06.1998 durch den Gemeinderat am 21. Okt. 1998, bis Satzungsbeschluss.

Geislingen, den 22. Okt. 1998

ANZEIGE/GENEHMIGUNGSVERFAHREN § 11 BauGB
 Das Anzeigenehmigungsverfahren wurde vom Landratsamt Zollernalbkreis mit Erlaß vom Nr. abgeschlossen.

AUSESETZUNG
 Es wird bestätigt, daß diese Satzung mit ihren Bestandteilen als Bebauungsplan vom Gemeinderat beschlossen wurde u. daß das für die Aufstellung von Bebauungsplan vorgeschriebene Verfahren beachtet wurde.

Geislingen, den 22. Okt. 1998

Stadt / Gemeinde GEISLINGEN
 Kreis Zollernalbkreis

Bebauungsplan
"HUNG II"
4. Änderung
Neufestsetzungen

LAGEPLAN M 1:500

Gefertigt: 03.06.1998
 VERMESSUNGSBÜRO
 KARL UTTENWEILER
 Dipl.-Ing.(FH) für Vermessung
 Freier Stadtplaner
 72336 BALINGEN, Pfitznerstr. 6
 Telefon 07433/7181, Fax 5564

Anerkannt: 5. Juni 1998

Inkrafttreten § 12 BauGB
 Mit der öffentlichen Bekanntmachung im Mitteilungsblatt vom 1. Jan. 1999 wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.
 Geislingen, den 17. Feb. 1999

Genehmigt
 Baltingen, den 14. JAN. 1999

(Bürgermeisteramt) (Landratsamt Zollernalbkreis)

PLANZEICHENERKLÄRUNG

I. Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 9 BauGB u. §§ 1-23 BauNVO



1., Art der baulichen Nutzung

- 1.1 Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO
1.2 Mischgebiet § 6 BauNVO

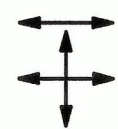
2., Maß der baulichen Nutzung

- 0.4 Grundflächenzahl § 19 BauNVO
II(I+U) Zahl der Vollgeschoße, Höchstgrenze § 16 BauNVO
2.3 Höhe der baulichen Anlagen § 18 BauNVO
2.3.1 Erdgeschoßfußbodenhöhe: EFH
2.3.2 Gebäudehöhe - Traufhöhe

EFH 1/ EFH 2
Th 4.5/6.0

3., Bauweise

- o Offene Bauweise § 22 BauNVO
Baugrenze § 23 BauNVO
3.3 Stellung der baulichen Anlagen:
Gebäude bzw. Firstrichtung § 9 Abs.1 Nr.2 BauGB



4., Verkehrsflächen § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB



- 4.1 Straßenverkehrsfläche
4.2 Gehweg
4.3 Öffentliche Parkfläche
4.4 Grünfläche als Bestandteil von Verkehrsanlagen
4.5 Ein- und Ausfahrtsverbot



5., Flächen für Versorgungsanlagen

§ 9 Abs.1 Nr.12, 13, u. 21 BauGB



- 5.1 Trafostation
5.2 380-V Leitung der EVS



6., Grünordnung § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB



- 6.1 Öffentliche Grünflächen

7., Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege u. Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 Abs.1 Nr.20 u. 25 BauGB



- 7.1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft



- 7.2 Pflanzgebotsflächen



- 7.3 Pflanzgebot für Einzelbäume

8., Wasserflächen

§ 9 Abs.1 Nr.16 BauGB

Mulden zur Ableitung von Oberflächenwasser

II. Örtliche Bauvorschriften

§ 74 LBO

Dachgestaltung

- Geneigt 1., Dachform
DN 35-45° 2., Zulässige Dachneigung

III., Sonstige Planzeichen

- 1., Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes § 9 Abs. 7 BauGB
2., Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen § 1 Abs.4, § 16 Abs.5 BauNVO
3., Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen § 9 Abs.4 BauGB i.V.m. § 74 Abs.1 LBO, § 16 Abs.5 BauNVO
4., Füllschema der Nutzungsschablone

Art der baul. Nutzung	max. Traufhöhe
Grundflächenzahl	
Bauweise	
Dachneigung	
Zahl der Wohneinheiten	

- 5., Geh- und Leitungsrecht § 9 Abs.1Nr.21 BauGB
6., Sichtfelder § 9 Abs.1Nr.10 BauGB
7., Anbauverbotsstreifen § 9 Abs.1Nr.10 BauGB

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Die textlichen Festsetzungen, planungsrechtliche Festsetzungen und Örtliche Bauvorschriften, des Bebauungsplanes "HUNG II", 3-Änderung, rechtsverbindlich am 27.03.1998 gelten in vollem Umfang für den Geltungsbereich dieser 4-Änderung weiter.

Anmerkung: Grundlagen dieses Bebauungsplanes sind:

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 8.12.1986, zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993,
- das Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch in der Neufassung vom 28.08.1993,
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) v. 23.01.1990,
- die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 08.08.1995,
- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.d.F. vom 12.03.1987, zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993.